

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher: Amt. C. 67, 670 Nr. 6488

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Aufgaben der Gemeindebetriebe in Kriegzeiten.

Volkswirtschaftliche Schädigung durch unentgeltliche „soziale“ Hilfsarbeit. — Arbeiterentlassungen anstatt Neueinstellungen. — Betriebseinschränkungen, Ueberstunden und Ueberlichkeiten. — Geordnete Fortführung der Betriebe. — Her mit dem Achtstundentag! — Vorbildliche soziale Maßnahmen der Stadtverwaltungen.

Noch stehen wir am Anfang des furchterlichen Weltkrieses. Aber schon zeigen sich wirtschaftliche Nöte von so ungeheurer Ausdehnung, daß alle bisherigen Maßstäbe verschwinden. Arbeitslosigkeit herrscht in so ungeheuerlichen Dimensionen, daß Staat und Gesellschaft noch in ganz anderer Weise werden einspringen müssen, um nur der allergrößten Not beizukommen.

Wehl erscheint zurzeit die Hilfe für die Familien der im Felde Stehenden so ziemlich gesichert. Das war auch die erste und vornehmste Pflicht von Staat, Gemeinde und Gesellschaft. Es soll auch gern anerkannt werden, daß in fast allen Kreisen der deutschen Bevölkerung eine Opferwilligkeit zutage tritt, die kaum noch zu überbieten ist.

Zum anderen ist zu loben die Bereitwilligkeit zur sozialen Hilfsarbeit, die sich insonderheit bei den Sammlungen für das „Rote Kreuz“ bemerkbar macht, aber auch in dem Angebot, die eigene Arbeitskraft in den Dienst der sozialen Fürsorge zu stellen. Hier kann freilich blinder Eifer insofern Schaden anrichten, als bislang bezahlte Arbeit nun unentgeltlich geleistet und dadurch das Heer der Arbeitslosen noch weiter vergrößert wird! Die fortgesetzten Ermahnungen der Arbeiterpresse und der Gewerkschaften haben in den letzten Tagen endlich auch Wiederhall in bürgerlichen Kreisen und in der bürgerlichen Presse gefunden. Im „Berliner Tageblatt“ weist z. B. Prof. Dr. Fr. Oppenheimer eindringlich auf die falsche Methode hin, an Personal zu sparen, sich mit unbezahlten Hilfskräften zu versehen, und den „schönen Hebereiher“ der wohlhabenden Kreise auszunutzen. Verlorne Frauen und wohlhabende Kreise dürfen grundsätzlich nie solche Arbeit annehmen, die nur ehrenamtlich geleistet werden kann, z. B. Nachsehen, Rat usw. Alle Arbeit, die in regelmäßigen Verlauf der Dinge bezahlt wurde, muß auch jetzt im Interesse der bedrängten Volkskreise von den männlichen wie weiblichen Arbeitslosen verrichtet und an sie bezahlt werden. Es ist gar nicht auszuwenden, welche furchterlichen Erschütterungen der Arbeitsmarkt jetzt auszuhalten hat, da hierfür nicht noch künstliche Erschwernisse geschaffen werden!

Ebenso unsinnig vom volkswirtschaftlichen wie sozialen Standpunkt ist das panische Umherschleichen des Schließens oder Eindrückens solcher Betriebe, die nur mittelbar vom Kriege berührt werden.

Und da müssen wir zu unserem Bedauern feststellen, daß eine ganze Reihe städtischer Betriebe diese unüberlegte Handlungsweise zum Teil mitmachen, obwohl am letzten Ende gerade die Stadtgemeinde wieder an anderer Stelle durch Armenunterstützung usw. dafür aufkommen muß! So wird uns u. a. bekannt, daß in Hamburg die Kadidirektion den Betrieb fast ganz eingestellt hat. In Groß-Berlin sind an verschiedenen Stellen falsche „Sparmaßnahmen“ vorgenommen worden. Die Berliner Straßenreinigung ergänzte die fast 1000 Eingezogenen bislang nicht, andere Betriebe helfen sich mit Ueberstunden bei Entziehung des üblichen Lohnzuschlages usw. Wir behalten uns vor, später eine „Schwarze Liste“ solcher Vorkommnisse zu veröffentlichen. Vorerst möchten wir zur Entschuldigung der entscheidenden Verwaltungsstellen nur annehmen, daß hier eine gewisse Koppligkeit Platz gegriffen hat, die hoffentlich nicht lange vorhält.

Die zum Teil ganz erfreulich energischen Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung und Verhinderung des Lebensmittelwanders, wie sie an fast allen Orten durch die militärischen Behörden vorgenommen wurden, geben ein Beispiel, in wie hohem Maße vernünftige Anordnungen uns vor Mißständen bewahren können.

Da sollten auch die Stadtverwaltungen während der Kriegszeit in ihren eigenen Betrieben nicht nach altem Schema verfahren, sondern in dieser Zeit außerordentlicher Not zu außerordentlichen Mitteln greifen.

Unter allen Umständen müssen jetzt Entlassungen in städtischen Betrieben vermieden werden, indem Betriebs-einschränkungen nur dort vorgenommen werden, wo das unbedingt erforderlich ist. Also: Fortführung aller Bauten, Kanäle, Straßen usw. Verzicht ist auch die Einstellung von Frauen der Eingezogenen an Stelle männlicher Arbeiter (wie bei den Straßenbahnen usw.), weil damit eine Herabsetzung der Löhne in der Regel verbunden ist und die körperlichen Anforderungen für den Organismus der Frau zu große sind.

In jedem Falle müssen jetzt Ueberstunden und Ueberlichkeiten vermieden werden! Wir fordern alle unsere in Arbeit verbliebenen Arbeiterauschüsse usw. auf, überall dort, wo diese Selbstverständlichkeit nicht beachtet wird, vorstellig zu werden und auf Einstellung von Arbeitslosen zu drängen, deren es in Gülle und Gülle hat.

Die geordnete Fortführung der Betriebe wird am besten gewährleistet, wenn die Stadtverwaltungen sich dem Vorgehen zahlreicher Privatbetriebe anschließen würden, ja, vielen vorzuziehen möchten, indem sie jetzt bei dem bisher gezahlten Lohn (wo irgend angängig) eine erhebliche verkürzte Arbeitszeit einführen!

Heraus mit dem Achtstundentag!

Überall da, wo die Schichtarbeit besteht oder wo (wie z. B. in Gasanstalten) die Möglichkeit besteht, drohende Arbeiterentlassungen dadurch hintanzubehalten oder auch Neueinstellungen vorzunehmen.

Im allgemeinen stehen die Gemeindebetriebe auch jetzt in Kriegszeit finanziell gesichert und gut fundiert da. Wo soll wohl Hilfe kommen, wenn nicht von hier?

Und wo kann ein besseres Beispiel soziale n Verständnisses und sozialer Weisheit gegeben werden wie in den eigenen Betrieben?

Wer muß mit der Armenfürsorge und Unterstützung am letzten Ende doch einlegen, wenn all die anderen Hilfsmittel erschöpft sind? Die Gemeinde!

Sie vorzubeugen durch volkswirtschaftliche Maßnahmen vorbezeichneten Art würde dauernd ein Ruhmesfranz der deutschen Stadtverwaltungen bedeuten.

Die deutschen Gewerkschaften beweisen in diesen schweren Zeiten ihren guten Willen, überall da zu helfen, wo ihnen Hilfe möglich ist. Das ist bereits allgemein und öffentlich anerkannt worden.

Aber die Arbeitslosigkeit wächst in erschreckendem Maße mit jedem Tage. Woblan, es ist an der Zeit, daß die deutschen Stadtverwaltungen vorbildliche soziale Maßnahmen treffen. Dazu ist der Achtstundentag in allen solchen Betrieben erforderlich, die bislang in Schichten arbeiteten. Aber auch in manchen anderen wird es möglich und zweckmäßig sein. In Verbindung mit planmäßig eingerichteter Notstandsarbeit können die Stadtgemeinden eine weitgehende Entlastung des Arbeitsmarktes durchführen, die volkswirtschaftlich und sozial mehr wert ist als Armenunterstützung und andere soziale Hilfsarbeit.

Wer geht — voran?

Die Hilfsmaßnahmen der Groß-Berliner Gemeinden.

Wie wir in Nr. 33 der „Gewerkschaft“ berichteten, ist durch die Mitbestimmung an die Kommunen der Antrag gestellt worden, den Familien der einberufenen städtischen Arbeiter den Lohn ganz oder teilweise weiterzuzahlen. Im Laufe der letzten Woche haben in der großen Mehrzahl die Gemeindevertretungen gesagt, und wir sind heute in der Lage, einen Überblick über die getroffenen Maßnahmen zu geben. Die Groß-Berliner Gemeinden inkl. der Landkreise Teltow und Niederbarnim haben beschlossen, allen Familien der Einberufenen, soweit die Bedürftigkeit festgestellt wird (bei allen Arbeitern dürfte dies der Fall sein) zu den staatlichen Leistungen 100 Proz. Zuschuß zu gewähren, so daß eine Frau im Monat 15 Mk., jedes Kind 12 Mk. erhält. Die Unterstützungen werden halbmonatlich ausgezahlt.

Im Bezug auf die städtischen bzw. Gemeindearbeiter liegen zur Stunde zahlreiche Beschlüsse vor, wie aus der Rubrik: „Aus der Stadtparlamenten“ ersichtlich ist. Leider hat die Stadt Berlin noch immer keine Beschlüsse gefaßt über die Familienunterstützung der Gemeindearbeiter. An der Zeit wäre es! Ausgerechnet die große Kommune muß wieder hinterhinken! Es gibt auch noch andere solche Stehzeiten in dieser schweren Zeit der Not. Trotz der umfangreichen Einberufungen verjagen eine Reihe von Verwaltungen

mit dem Rest der Arbeiter die Betriebe weiterzuführen. Angesichts der gewaltigen Arbeitslosigkeit ist dies sehr zu bedauern. Verlängerung der Arbeitszeit, Überarbeit, Kürzung der Löhne sind die Folgen. In der Straßenreinigung sind z. B. 900 Arbeiter eingesetzt, Ersatz ist dafür nicht eingestellt. Ebenso wird in einer Reihe anderer Betriebe darüber Sorge gefaßt, daß die Arbeiten von einer bedeutend geringeren Mannschaft verrichtet werden müssen. In Betrieben der Wasserwerke sind 17 Mann entlassen worden. Weitere Entlassungen, bis zu 100 Mann, sind erfolgt bzw. angekündigt worden. Es geht das Gerücht, daß Wachen durch den Jungdeutscherbund und die Wache- und Schützengesellschaft übernommen werden. Bei der Straßenbahn versehen Frauen einberufener Schaffner den Dienst. In der Gasanstalt Danziger Straße sind den Kollegen aus dem Zentralmagazin 2 Stunden täglich abgezogen worden. Über rigorose Handhabung der Lohnzahlung bei den Einberufenen wird im Gaswerk Tegeel Klage geführt. Die Einberufenen erhielten nur, genau auf die Minute, den Lohn für geleistete Arbeitsstunden. Kollegen, die im Laufe des Tages wegen der Einberufung ihre Arbeit aufgeben mußten, erhielten nur für diese Stunden den Lohn. Derartige „bureaucratische“ Maßnahmen sollten nicht vorkommen.

Ähnlich liegt es in anderen Gemeinden. Neukölln hat angeordnet, daß hundert Überstunden nach Möglichkeit vermieden werden. Die getroffenen Maßnahmen sehen zu dieser Anordnung im Gegensatz. Die Verfügung, daß im Gegensatz zur Arbeitsordnung für die Dauer des Krieges keine Zuschläge für Überstunden, Sonntags- und Feiertagsarbeit gezahlt werden, wird ein Ansporn für die Verwaltung sein, die Einstellung von Arbeitern durch Anordnung von Überarbeit zu umgehen. Ungeheuerlich muß es genannt werden, daß im Elektrizitätswerk für Maschinenisten und Heizer die Arbeitszeit von 9 auf 12 Stunden erhöht wurde. Die 3 Stunden sollen mit regulärem Lohn bezahlt werden, sind also Überstunden, und draußen drängen sich Tausende von hungernden Arbeitern. In den Pumpstationen ist für die einberufenen Maschinenisten und Arbeiter kein Ersatz geschaffen, die übrigen gebliebenen Kollegen mußten die Arbeit mitmachen. In der Parkverwaltung sind Entlassungen in Aussicht gestellt.

Auch in Charlottenburg sind Bestrebungen im Gange, die Einstellung von notwendigen Ersatzkräften zu umgehen. Dafür sollten vom Personal Überstunden ohne Bezahlung geleistet werden. Ebenso ist eine Verlängerung der Arbeitszeit in Aussicht gestellt.

In Schöneberg sind die Bestimmungen der Arbeitsordnung zum Teil aufgehoben. So ist der freie Sonntag bei der Straßenreinigung beseitigt. Von der Feuerwehr sind z. B. 40 Mann einberufen, ein Teil der Straßenreiniger hat Feuerwehrdienst, trotzdem werden keine Hilfskräfte eingestellt. In der Parkverwaltung sind z. B. 25 Arbeiter entlassen worden, darunter Arbeiter, die 8 bis 10 Jahre bei der Verwaltung beschäftigt waren. Hier trug man sich sogar mit dem Gedanken, an Stelle der Männer billige Frauen einzustellen. Man bemüht sich auch, die städtischen Arbeiter zur Landwirtschaft und zur Grubenarbeit abzuschieben.

Auch in Lichtenberg versucht man im Augenblick Lohnkürzungen und Abzüge vorzunehmen.

Angesichts des Vorgehens der Städte nimmt es nicht wunder, wenn die privaten Arbeiter auch entsprechend vorgehen. Die Städte haben alle Ursache, durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit mit gutem Beispiel voranzugehen. Im Interesse des Allgemeinwohls haben die Gemeindearbeiter die Aufgabe, von den Gemeinden die Einhaltung der bisherigen Arbeitsbedingungen zu verlangen.

Die Verbandskollegen haben in der gegenwärtigen kritischen Zeit die hohe Aufgabe, durch festen Zusammenhalt in der Organisation alle Verschlechterungsversuche abzuwehren. Äußeren Arbeiterausständen entsteht hier eine wichtige und dankbare Aufgabe.

Die regelmäßige Zahlung der Beiträge ist zur Aufrechterhaltung unseres Unterstützungswesens unumgänglich notwendig.

Frauen städtischer Arbeiter werden vielfach als nichtbedürftig von den städtischen Steuerstellen zurückgewiesen. Das ist unzulässig. Die Frauen haben sich in diesen Fällen an die Bezirksvorsteher oder an die eingesehten Kommissionen zu wenden.

Vorwärts! erteilen für Groß-Berlin die im „Vorwärts“ bekanntgegebenen Auskünfte sowie das Bureau unserer Ortsverwaltung.

Unsere „Gewerkschaft“ während der Kriegszeit.

Es mag uns an dieser Stelle einmal bequäme sein, von unserer Leistung, der „Gewerkschaft“, zu reden. Solange die Kriegsmaschine das Interesse aller Leser fast ausschließlich gefangen halten, und es natürlich erforderlich sein, auch die „Gewerkschaft“ möglichst aktuell zu gestalten und dies schwere Vorkriegsingen, das wohl Monate dauern wird, in den Bereich unserer Erörterungen zu ziehen. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß wir nun in wilder Konkurrenz mit der Zensurationspresse alle möglichen „Kriegsnachrichten“ bringen wir nur die sozial und kulturell wichtigen Dinge an dieser Stelle registrieren und knapp behandeln, während es der täglich erscheinenden Arbeiterpresse vorbehalten bleiben muß, den Sachverhalt über die Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz so sachlich und ruhig zu gestalten, daß die Lagen- und Zensurationsnachrichten der profitierbaren „Skandalzeitung“ ihr Gegenstand sind. Aus diesem Grunde erwarten wir auch mehr den je von allen unseren Mitgliedern, daß sie die Arbeiterpresse abonnieren, die jetzt ungemein wichtige Aufgaben hat, die sie zumeist trefflich löst. Andererseits ist das Interessengebiet aller Kollegen so eng mit den Kriegsergebnissen usw. verknüpft, daß wir uns entschlossen haben, einen „Wochenbericht vom Krieg“ zu bringen, der die wichtigsten Vorgänge kurz darstellt oder berichtet und so eine ungefähre Uebersicht gewährt. Wir haben in den letzten Wochen keinerlei Unterstützung durch Mitarbeiter, Nachrichtenübermittlung usw. finden können infolge der zerstörten und sonstigen Schwierigkeiten. Wir erwarten aber zuversichtlich, daß unsere Kollegen in den Hauptbüros und den Ämtern (womit sie nicht zur Ruhe überlassen sind), uns ihre Unterstützung wieder angedeihen lassen, indem sie durch knappe Situationsberichte usw. unsere Presse wieder zum Spiegelbild unserer Bewegung machen auch in dieser schweren Zeit. Wenn nun die Versammlungstätigkeit wieder einleiten wird — was wohl überall geschehen kann an zahlreichen Orten —, ergibt sich auch für uns einige Anstrengung.

Wo die Anzahl der „Gewerkschaften“ nicht anwachsen sollte, mag sie zum Weitergegeben werden. Gleich sollten Kreise und Kollegen hier und da eine „Gewerkschaft“ an unsere Kollegen in der Front senden, die sich gewiß darüber freuen werden und vielleicht an die Redaktion der „Gewerkschaft“ einiges von ihren Erfahrungen gelangen lassen.

Auch den Frauen der Eingezogenen sollte — soweit sie bislang Leiter der „Gewerkschaft“ waren — auf deren Wunsch regelmäßig ein gelebtes Exemplar weitergegeben werden.

Unser Zusammenhalt ist jetzt mehr denn je auf die Presse angewiesen. Da wollen wir gern — solange wir an diesem Plage sind — unser Möglichstes tun, um den Lesern der „Gewerkschaft“ insbesondere auch das zu bieten, was sie wahrhaftig für die vielen Aufgaben, die jetzt und in Zukunft von unserer Organisation gelöst werden müssen. Fester denn je mag der Zusammenhalt sein in diesen schweren Zeiten und neue Mitglieder werden mit Hilfe unserer Presse weiterhin gewonnen, wenn wir die nötige Unterstützung bei der Volleingetragenen finden. So beste ein jeglicher in seinem Teil. Die Früchte werden alle eintreten. Auch die vom Schicksal zurechtfindenden!

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1913.

Das Jahr 1913 brachte den Gewerkschaften Deutschlands eine kurze Belagerungsperiode. Schon Ende des Jahres 1912 setzte bei verschiedenen wichtigen Industriezweigen eine bedenkliche Geschäftslage ein. Vermehrt sahen in diesen bedrohlichen Stunden jedoch nur eine vorübergehende Beunruhigung des gewerblichen Lebens. Die durch den Ausbruch des Balkankrieges mit seiner Kriegsbesetzung Spannung in den europäischen Staaten als Folgeerscheinung hervorgerufen sei. Die nach der Entspannung der Verhältnisse, politischen Prinzipien erwartete Reibung wurde der industriellen Tätigkeit blieb jedoch aus. Es trat im Gegenteil eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage ein, die sich schließlich im Laufe des Jahres 1913 zu einer allgemeinen, latenten Wirtschaftskrise auswirkte.

Die Zahlenverhältnisse, mit denen die Gewerkschaften im vorfliegenden Jahre zu rechnen hatten, wurden nach verhandelt durch die

starke Arbeitslosigkeit, die noch aus den Kriegsjahren 1908 und 1909 fortbestand und während der Dauer der jüngsten Prosperitätsperiode nur wenig gemildert wurde. Der Arbeitsmarkt litt deshalb selbst in den Jahren der günstigeren Konjunktur fortgesetzt unter einem starken Ueberangebot von Arbeitskräften. Angesichts dieser Tatsache konnte von einer genügenden Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterchaft während der verflochtenen kurzen Dauer der Produktionssteigerung nicht die Rede sein. Um so fühlbarer mußten deshalb die Arbeiterchaft und ihre gewerkschaftlichen Organisationen von dem abnormalen Niedergang der Konjunktur betroffen werden.

Unter diesen Umständen ist es zu verstehen, wenn man selbst in Gewerkschaftskreisen von banger Besorgnis um die Fortentwicklung der Gewerkschaften erfüllt war und den Ergebnissen der Statistik für 1913 mit einer gewissen Spannung entgegen sah. Glücklicherweise haben sich die Befürchtungen auf einen stärkeren Rückgang der Mitgliederzahl nicht erfüllt.

Der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands waren im Jahre 1913 47 Zentralverbände angeschlossen. Diese hatten 1913 im Jahresdurchschnitt zusammen 2548763 Mitglieder, darunter waren 223676 weibliche. Im Jahre 1912 betrug die Mitgliederzahl 2530390, es ist demnach im Jahresdurchschnitt eine Vermehrung von 18373 Mitgliedern = 0,73 Proz. eingetreten. Diese Erhöhung des Mitgliederbestandes ist nicht so erheblich, wie sie als einen Fortschritt in der Mitgliederentwicklung bewerten zu können. Doch wurde ein solcher bei der ungünstigen wirtschaftlichen Lage auch nicht erwartet und bietet deshalb dieses Ergebnis keine Enttäuschung. Gegenüber dem Mitgliederbestande am Schlusse des Jahres 1912 ist allerdings eine Verminderung der Mitgliederzahl um 60822 = 2,39 Proz. erfolgt. Ein Vergleich der Zahlen am Jahresende ergibt jedoch kein zutreffendes Bild der Mitgliederentwicklung von Jahr zu Jahr, da die Ergebnisse einzelner Quartale auf Zufälligkeiten beruhenden Schwankungen unterworfen sein können.

Eine Viertel ist ein erheblicher Teil des Mitgliederverlustes im 4. Quartal auf die gegen 1912 stark erhöhte Einschreibung von Mannschaften zum Militär zurückzuführen. Diese Annahme wird auch durch die Tatsache begründet, daß die weiblichen Mitglieder nur mit 908 = 0,36 Proz. an dem Mitgliederrückgang im 4. Quartal beteiligt sind. Der hauptsächlichste Verlust entfällt daher auf die männlichen Mitglieder.

Wie sich die Mitgliederbewegung bei den Zentralverbänden seit 1891, dem Beginn der Gewerkschaftsstatistik, gestaltet hat, wird durch folgende Aufstellung veranschaulicht. Es betragen im Jahresdurchschnitt die Mitgliederzahlen und Zunahmen:

Jahr	Zahl der Verb.	Mitgliederzahl	Zunahme gegenüber dem Vorjahr abseits	in Proz.
1891	62	277 650	—	—
1892	56	237 049	—	—
1893	51	223 530	—	—
1894	54	246 484	22 954	10,27
1895	53	269 175	12 691	5,14
1896	51	329 240	70 065	27,08
1897	56	412 359	83 119	25,25
1898	57	493 742	81 383	19,74
1899	55	580 473	86 731	17,57
1900	58	680 427	99 954	17,22
1901	57	677 510	—	—
1902	60	733 206	55 696	8,22
1903	63	887 898	154 692	21,07
1904	64	1 052 108	160 410	18,52
1905	66	1 344 803	292 695	27,82
1906	61	1 689 709	344 906	25,65
1907	60	1 865 506	175 797	10,40
1908	57	1 831 731	—	—
1909	53	1 832 067	936	0,05
1910	51	2 017 298	184 631	10,07
1911	48	2 320 986	303 688	15,06
1912	47	2 530 390	209 404	9,02
1913	47	2 548 763	18 373	0,73

In dieser Aufstellung nicht mit einbezogen sind die Verbände der Landarbeiter und Hausangestellten, die 1913 zusammen 24 955 Mitglieder zählten (1912: 22 772). Diese Uebersicht über eine Entwicklungsgeschichte von 23 Jahren zeigt uns den seit 1894 eingetretener, nur durch Kriegsjahre kurz unterbrochener glänzender Aufstieg der Zentralverbände. Ganz merklich unterschiedet sich das Ergebnis der Mitgliederbewegung des vorliegenden Jahres von dem des Kriegsjahres 1908, welches einen Verlust von 33 775 Mitgliedern aufwies, während 1913 noch ein kleiner Gewinn zu verzeichnen ist.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder hat sich im Jahresdurchschnitt beträchtlich höher gesteigert als die der männlichen. Es ist dies auf die schon erwähnte Tatsache zurückzuführen, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder am Jahreschluß 1913 gegenüber dem Jahre 1912 nur einen geringen Rückgang aufweist. Es hatten die Zentralverbände 1913 223.676 weibliche Mitglieder, 1912 betrug ihre Zahl 216.162; es ist demnach ein Zuwachs von 7214 weiblichen Mitgliedern = 3,33 Proz. erfolgt, während die Zuwachsquote bei den männlichen Mitgliedern nur 0,48 Proz. ausmacht. Der Anteil der weiblichen Mitglieder an der Gesamtzahl hat sich entsprechend der stärkeren Zunahme von 8,8 Proz. auf 8,8 Proz. erhöht.

Der Verband der Blumenarbeiter trat mit Schluß des Berichtsjahres zum Fabrikarbeiterverband über, so daß die Zahl der gegenwärtig der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände (außer den Hausangestellten und Landarbeitern) 46 beträgt.

• Wochenbericht vom Krieg •

Berlin, 17. August 1914.

Vorbemerkung. Die ungläublichsten Nachrichten schwirren in diesen Tagen und Wochen durch die Luft. Eine breite Klatschpresse macht sich die aufgeregten Zeiten zunutze und insiziert mit Sensationsnachrichten das Publikum. Weitergetragen von Mund zu Mund bilden sich jetzt Legenden verwegener Art über andere Kulturvölker, über Schlichtigkeiten der Gegner und vieles andere. Unsere Kollegen sollten sich den klaren Blick für wirkliche Geschehnisse einerseits und ausgedadete Zeitungsgenten andererseits nicht nehmen lassen und sich fernhalten von jener Verbanfpolitik, die vorweg nimmt, was doch erst beim Ausgang des Krieges entschieden wird. Aus diesem Grunde geben wir an dieser Stelle kurze informierende Wochenübersichten vom Kriegsschauplatz.

Die bisherigen Ereignisse.

Am 31. Juli d. J. wird Deutschland in Kriegsstand versetzt, was aber noch nicht die allgemeine Mobilmachung bedeutet. Probenhaft erfolgt sofort ein panfartiger Ansturm auf Sparkassen, Banken usw. Die Lebensmittelpreise steigen rapid, namentlich infolge der unsinnigen Vorratskäufe. — In Rußland wird die Mobilmachung von Armee und Flotte angeordnet. Die Presse in Deutschland untersteht der Zensur vor dem Druck.

1. August droht Deutschland mit Mobilmachung (d. h. Krieg!) an Rußland, falls letzteres nicht binnen 12 Stunden die Kriegsvorbereitungen einstellt. An die französische Regierung ergeht die Anfrage über ihre Haltung im Falle eines deutsch-russischen Krieges. — Rußland wird von einem Pariser Kriegsminister erschossen. — In Frankreich wird mobilisiert. — Deutsche Mobilisierung. — Landsturm der Grenzgebiete wird aufgegeben. — Der deutsche Kaiser hält eine Rede, in der es heißt: „Wenn es zum Kampfe kommt, hört jede Partei auf. In Kriegeszeiten hat mich die eine oder andere Partei angegriffen, das verzeihe ich von ganzem Herzen.“ — Der Reichstag wird zum 4. August einberufen.

2. August. Der Oberbefehlshaber in den Marken (v. Muffel) erläßt Höchstpreise für Roggenmehl (Pfd. 27 Pf.), Weizenmehl (30 Pf.) und Salz (20 Pf.), um dem Lebensmittelwucher zu begegnen. — Die ersten Feindseligkeiten werden von russischer Seite durch Angriffe russischer Patrouillen und Grenzüberschreitungen russischer Kolonnen (auch Kosaken) eröffnet bei Eichentried, Schwidden und Johannisburg. — Der Kriegshafen von Libau ist vom deutschen Kreuzer „Augsburg“ mit Erfolg bombardiert. — Frankreich mobilisiert und hat der deutschen Regierung erklärt, „daß es seine Pflicht tun werde“ (d. h. an Rußlands Seite kämpfen will gegen Deutschland).

3. August. Die Eisenbahnen sind für Privatverkehr nicht mehr zugänglich wegen Truppentransporten. Die deutschen Grenzschutztruppen haben Kalisch, Czestochau und Wenzin erobert. — Französische Artillerie werfen Bomben. (Am Anbruch an letztere Nachricht enthielt in Deutschland eine „Spionen- und Ausländer“-hebe, und die unglücklichsten Nachrichten über Choleraanfrierung von Brannen und Seen werden telegraphiert.)

4. August. Der Reichstag genehmigt einstimmig 5 Milliarden Kriegsanleihen. Eine Reihe von Notgesetzen werden einstimmig angenommen, darunter über Höchstpreise für Nahrungs- und Futtermittel, Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer, Aufhebung der Zölle, Sicherung der Krankenkassen usw. — v. Bethmann gibt die Besetzung Luxemburgs und den geplanten Durchmarsch durch Belgien im Reichstag bekannt (Verstoß gegen das Völkerrecht).

Belgien (am 8. 8.) und England erklären Deutschland den Krieg aus letzterem Grunde. — Italien, Dänemark, Schweiz und Holland erklären ihre Neutralität.

5. August. Bei Soldau wird eine russische Kavalleriebrigade zurückgeworfen. — Deutsche Kriegsschiffe beschließen algerische Häfen und stören dadurch französische Truppentransporte.

6. August. Oesterreich erklärt Rußland den Krieg. Russische Kavallerie wird bei Schwidern usw. zurückgeschlagen. — Ein Aufruf des Kaisers an Meer, Marine und Volk erfolgt. — Frankreich wird von deutschen Truppen besetzt.

7. August. Die starke belgische Festung Lüttich wird nach heftigen Kämpfen von deutschen Truppen erobert. Viele Tote und Verwundete auf beiden Seiten, 4-5000 gefangene Belgier. — Oesterreichische Truppen dringen an der russisch-österreichischen Grenze in Galizien vorwärts. — Die deutsche Mobilmachung hat sich (nach Bekanntheit des Generalstabes) in größter Eile vollzogen.

8. August. Der kleine Dampfer „Königin Luise“ vollbringt das verwegene Kunststück, Minen an der Themsemündung zu legen. Der englische Kreuzer „Amphion“ bringt ihn zum Sinken, läuft dann aber selber auf eine Mine und sinkt. Verluste deutsch gegen 100, englisch etwa doppelt so viel Tote.

9. August. Bei Biella wird eine russische Kavalleriebrigade zurückgewiesen.

10. August. Drei französische Divisionen bei Mühlhausen mit erheblichen Verlusten zurückgeschlagen. — Bei Eudtkubnen russische Kavalleriedivision zurückgeworfen. — Oesterreichische Jungschützen haben in der Nacht 1000 Kosaken überfallen und über 100 Tote und Verwundete gemacht. — Die deutsche Kolonie Togo wird von den Engländern besetzt. — Die 1. Verlustliste wird amtlich bekanntgegeben.

11. August. Bei Lagarde in Lothringen erobern die Deutschen 2 Batterien Artillerie, Maschinengewehre und Fahne, 700 Franzosen gefangen. 1 französischer General tot. — Frankreich erklärt an Oesterreich Krieg, Montenegro an Oesterreich und (am 12. 8.) Deutschland. — In Deutschland haben sich bereits 1.200.000 Freiwillige gemeldet.

12. bis 17. August. Keinerlei bemerkenswerte Nachrichten vom Kriegsschauplatz! England hat Oesterreich auch den Krieg erklärt. Der Kaiser hat mit dem Generalstab das Hauptquartier von Berlin verlegt nach der westlichen Grenze. — Gegen den festgestellten Kartellverriegelung in Belgien, Frankreich und Rußland sind von Deutschland Proklamationen an die beteiligten Regierungen und Völker erlassen. — Bemerkenswert ist auch die Proklamation des österreichischen Befehlshabers zur Erhebung der Polen vom russischen Reich. — Der „Vorwärts“ darf endlich an den Bahnhöfen verkauft werden. — Die Hilfsaktionen für die Familien der im Felde Verwundeten sind zahlreich und dürften ausreichen. Auch die Vorbereitungen zur Hilfe für Verwundete durch das „Rote Kreuz“ scheinen gesichert. Dagegen läßt die Hilfe für die so kriegsbedingt wachsende Arbeitslosigkeit noch alles zu wünschen übrig. Die Erntearbeiten sind durch Verwundete der Gewerkschaften usw. im guten Gange. — Um den ungeheuren Anforderungen gewachsen zu sein, müssen viele Gewerkschaften ihre Leistungen einschränken. Zummerhin bieten sie gerade in dieser Zeit — und in den kommenden Räten des Winters viel mehr — eine ausgiebige Hilfe, wie allseitig anerkannt wird. Niemand darf jetzt der Gewerkschaft untreu werden! Jeder muß neue Mitglieder werben! Um so leistungsfähiger werden wir bleiben.

• Notizen für Gasarbeiter •

Berlin. Die Direktion der städtischen Gaswerke hat eine Verfügung herausgegeben, nach der für diejenigen Familien, von denen der Mann im Felde steht, die Festsetzung des Mindestverdienstes für Heizungsmesser in Kraftfall kommen soll. Wünschenswert wäre es, wenn man diesen Beschluß auf alle Monturmen ausgedehnt hätte. Denn es kommen nicht allein diejenigen Familien in Frage, deren Ernährer im Felde steht, sondern auch die vielen gehmündenden Arbeiter, die heute schon ohne Beschäftigung sind und die in nächster Zeit noch arbeitslos werden. Nichtig wäre es, man würde den auf solchen Voraussetzungen beruhenden Beschluß bezuglos des Herabverbrauchs wieder aufheben, da einmal höhere Arbeitslöhne in den Betrieben selbst eingetreten und andererseits eine Erhöhung des Minimums nicht erfolgt ist. Ganz abgesehen von den Arbeiterfamilien, die sich bei Einziehung der Differenzen in den Monturmen noch heute unverändert, wozu hier noch eine Verzögerung mehr, erbranntes Gas erfolgen soll.

◆ Aus den Stadtparlamenten ◆

Familienunterstützung der Gemeinden an städtische Arbeiter.

Nachen. Alle städtischen Arbeiter, welche eingezogen werden, erhalten zwei Wochenlöhne ausgezahlt.

Altona. Die Stadtverwaltung zahlt den verheirateten Arbeitern und solchen, die für Angehörige zu sorgen haben, den vollen Lohn weiter.

Alzen (Hessen). Die Stadt zahlt nur für 14 Tage vollen Lohn ohne Abzug.

Arnstadt. Es wird die Hälfte des Lohnes inklusive der staatlichen Unterstützung auf die Dauer des Kriegszustandes gezahlt.

Ashersleben. Ehefrauen erhalten 30 Proz. und für jedes Kind 10 Proz., im Gesamtbetrag bis zu 70 Proz. des bisherigen Lohnes.

Augsburg. Je nach der Kinderzahl erhalten Familien der im Felde stehenden städtischen Arbeiter 50 bis 100 Proz. des Lohnes inklusive der staatlichen Unterstützung.

Bamberg. Auf die Dauer eines Monats erhalten Angehörige der verheirateten städtischen Arbeiter den bisherigen Lohn ohne Abzug. Ueber die weitere Zahlung und Zuschußzahlung an unverheiratete Arbeiter resp. deren Angehörige, wird erneut Beschluß gefaßt.

Berlin. In der größten Stadt Deutschlands soll erst am 20. August beschließen werden.

Bonn a. Rh. Es wird vorläufig auf 2 Wochen der volle Lohn ohne Abzug bezahlt.

Charlottenburg. Eingezogene und freiwillig eingetretene Stadtarbeiter erhalten, wenn sie bereits länger als 10 Jahre im städtischen Dienst tätig und verheiratet sind, 80 Proz. des zuletzt bezogenen gesamten Dienstverdienstes. Die übrigen erhalten, wenn sie verheiratet sind, 50 Proz., wenn sie unverheiratet sind 25 Proz. und für jedes eheliche, uneheliche oder legitimierte Kind im Alter bis zu 16 Jahren, für Geschwister und Verwandte in aufsteigender Linie, für deren Unterhalt der Eingezogene bisher sorgte, je 10 Proz. Die gesamten Bezüge dürfen aber 50 Proz. des bisherigen Einkommens nicht übersteigen. Nichtständige werden leider nicht berücksichtigt.

Chemnitz. Die Angehörigen erhalten den Lohn weiter.

Colmar i. Elz. Bis auf weiteres wird der volle Lohn inkl. der staatlichen Unterstützung bezahlt.

Darmstadt. Die Stadtverwaltung hat beschlossen, den städtischen Arbeitern, soweit sie Kriegsteilnehmer sind, bis auf weiteres den vollen Lohn zu zahlen.

Delfan. Nach zweijähriger Dienstzeit 22,50 M., nach dreijähriger 23,50 M. pro Woche.

Dresden. Für Monat August wird voller Lohn inklusive der staatlichen Unterstützung gezahlt. Ab 1. September bis vorläufig 31. Dezember sollen an die Familien der städtischen Arbeiter erhöhte Ritzzuschüsse, unter Fortfall des Lohnes, aber inklusive der staatlichen Unterstützung gewährt werden.

Düsseldorf. zahlt im Voraus den Lohn für 14 Tage bis zum Schluß von 60 M.

Eichwalde bei Friedrichshagen. Für den ersten Monat vollen, dann halben Lohn.

Eisenach. Die Stadt zahlt ein Drittel des bisherigen Lohnes ohne Abzug.

Elsfeld. Zur staatlichen Unterstützung wird soviel zugezahlt, daß die Frauen 31,50 M. und für jedes Kind unter 15 Jahren 10,50 M. pro Monat erhalten.

Erlangen. Die Stadt zahlt vollen Lohn inklusive der staatlichen Unterstützung.

Eisen a. Ruhr. Städtische Arbeiter erhalten für 2 Monate vollen, Stadtarbeiter für 3 Monate drei Viertel des Lohnes inklusive der staatlichen Unterstützung.

Freiburg i. Br. Stadtarbeiter erhalten für die Lohnperiode der Einberufung sowie während der auf diese folgenden 14 Tage den vollen Lohn. Nach Austritt aus der staatlichen Unterstützung wird der Stadtkasseneinzel dazu Stellung nehmen.

Fürth i. Bayern. Der volle Lohn inkl. der staatlichen Unterstützung wird zunächst auf 1 Woche gezahlt, dann wird erneut Beschluß gefaßt.

Friedrichsfelde b. Berlin zahlt vollen Lohn inkl. der staatlichen Unterstützung auf die Dauer der Einberufung.

Glabersdorf i. Rh. (Hilgerverdonal.) Das volle Gehalt wird auf Anwartsdauer gezahlt.

Gera gewährt für 4 Wochen den vollen Lohn, dann Unterstützung nach der Kinderzahl und den Bedürfnissen.

Hörsing. Die Stadtverwaltung gewährt den Familien der im Felde stehenden städtischen Arbeiter den vollen Lohn für 2 Wochen,

dann richtet sich die Unterstützung nach den Bestimmungen der Arbeitsordnung. Es erhalten danach die Angehörigen der 1. Jahr beschäftigten Arbeiter ein Viertel, die der 3. Jahre Weidäftigten die Hälfte des Lohnes.

Hilfrow zahlt 50 Proz. und für jedes Kind 10 Proz. des Wochenlohnes.

Hagen i. W. Angehörige der städtischen Arbeiter erhalten bis auf weiteres 30 Proz. des Lohnes eklusiv der staatlichen Unterstützung.

Hannau. Die Angehörigen der städtischen Arbeiter erhalten den halben Lohn, bei mehr als 3 Kindern je 1 M. mehr pro Woche, inklusive der staatlichen Unterstützung auf die Dauer des Krieges.

Hannover. Die städtischen Arbeiter erhalten einen Zuschuß von wöchentlich 6 M. für die Frau und 2,40 M. für jedes Kind.

Heidelberg. Auf vorläufig 4 Wochen wird der volle Lohn inklusive der staatlichen Unterstützung gezahlt.

Hermesdorf i. d. M. Die Angehörigen der Gemeindearbeiter erhalten neben der staatlichen Unterstützung, sobald Kinder vorhanden, 50 Proz. vom Durchschnittslohn, die kinderlosen Familien 40 Proz., die unverheirateten Arbeiter 30 Proz.

Hildesheim zahlt an die Frauen 10 M. und für jedes Kind 1,50 M. pro Woche. Bei größerer Notlage können außerdem noch Lebensmittel verabreicht werden.

Jena. Die Stadt zahlt den Lohn ohne Abzug auf 4 Wochen weiter.

Kaiserlautern. Angehörige der ständigen Arbeiter erhalten den bisherigen Lohn des Einberufenen weitergezahlt.

Karlsruhe i. R. Den Familien der in den Lohnstarif eingereichten städtischen Arbeiter wird, wenn und solange sie die reichs-gesetzliche Familienunterstützung erhalten, ein Zuschuß gewährt, der dem Unterschied zwischen dem bisherigen Tagelohn und dem Gesamtbetrag der Familienunterstützung entspricht.

Köln a. Rh. zahlt für 14 Tage den bisherigen Lohn.

Lauscha S.-M. Die Gemeinde zahlt den bisherigen Lohn ohne Kürzung auf die Dauer des Krieges. Jeder Einberufene hat beim Abgang 10 M. extra erhalten.

Leipzig. Verheiratete oder solche, die für Angehörige zu sorgen haben, erhalten für Wort August und September vollen Lohn, alle anderen 3/5 Proz. des Lohnes inkl. der staatlichen Unterstützung.

Lichtenberg b. Berlin. Die Familien sämtlicher von der Stadt Beschäftigten erhalten im Falle der Einberufung bei einer Weidäftigungszeit bis zu einem Jahre ein Viertel, bis zu 2 Jahren ein Drittel, über 2 Jahre die Hälfte der bisherigen Bezüge auf die Dauer der Einberufung.

Lübeck. Nach einjähriger Dienstzeit wird der volle Lohn inkl. der staatlichen Unterstützung, zunächst bis 1. November, gewährt. Alle übrigen erhalten 300 Proz. Zuschlag zur Staatsunterstützung.

Magdeburg. Die Familien der städtischen Arbeiter, die im Felde stehen, erhalten für zwei Wochen vollen Lohn, ohne die staatliche Unterstützung. Eine Kommission wird über die Weiterzahlung beschließen.

München. Der Magistrat hat beschlossen, den Familien der eingezogenen städtischen Arbeiter einen Teil des Lohnes weiter zu gewähren. Näheres über Höhe und Zeitdauer der Unterstützung fehlt noch.

Münden (Hannover). Die Stadt zahlt auf die Dauer eines Monats den bisherigen Lohn ohne Abzug, dann 100 Proz. Zuschlag zur staatlichen Unterstützung.

Nohen Neuendorf. Jede Familie erhält 10 M. pro Woche.

Neußün. Unverheiratete 25 Proz., Verheiratete oder Ernährer von Angehörigen 50 Proz.; die Stadt zahlt bis 75 Proz. des Lohnes inkl. der staatlichen Unterstützung auf die Dauer der Einberufung.

Nieder-Schöneweide. Unverheiratete ein Viertel, Verheiratete vollen Lohn inkl. der staatlichen Unterstützung für die Dauer der Einberufung.

Nordhausen zahlt den vollen Lohn inkl. der staatlichen Unterstützung.

Ober-Schöneweide b. Berlin zahlt den vollen Lohn weiter bis zur Beendigung des Krieges.

Offenbach a. M. Angehörige der städtischen Arbeiter erhalten 50 Proz. und für jedes Kind 5 Proz. des letzten Lohnes einkl. der staatlichen Unterstützung.

Pirmasens zahlt den bisherigen Lohn weiter.

Rorsheim. Voller Lohn inkl. der staatlichen Unterstützung wird auf die Dauer des Krieges gezahlt.

Reinickendorf b. Berlin. Außer den 100 Proz. Zuschlag zur staatlichen Unterstützung erhalten Frauen 6 M. und für jedes Kind 1 M., insgesamt bis 9 M. pro Woche für die Dauer der Einberufung.

Rostock zahlt für 14 Tage vollen Lohn inkl. der staatlichen Unterstützung.

Schwabach. Frauen der Eingezogenen erhalten 50 Proz. und für jedes Kind 5 Proz. des bisherigen Lohnes eklusiv der staatlichen Unterstützung.

Zettin. Voller Lohn inkl. der staatlichen Unterstützung wird zuzüglich auf 4 Wochen gezahlt.

Schöneberg b. Berlin. Unverheiratete erhalten ein Viertel, Verheiratete die Hälfte des Lohnes; für eheliche und uneheliche Kinder je ein Zehntel des Lohnes, vorläufig bis 1. Oktober.

Stahlfurt zahlt den vollen Lohn inkl. Staatsunterstützung.

Strahlburg i. Gf. zahlt den vollen Lohn abzüglich der staatlichen Unterstützung auf die Dauer des Krieges.

Stuttgart zahlt für die ersten 14 Tage den vollen Lohn weiter, dann an die Frau 1 Mk. und für jedes Kind 25 Pf. pro Valentinstag.

Stuttgart-Land. Staatliche Telegraphenarbeiter. Frauen erhalten 25 Proz., jedes Kind 5 Proz., jedes mutterlose Kind 7 1/2 Proz. des bisherigen Lohnes. Die Gesamtunterstützung darf 50 Proz. des bisherigen Lohnes nicht übersteigen.

Treptow b. Berlin zahlt den vollen Lohn inkl. der staatlichen Unterstützung auf die Dauer der Einberufung.

Wandsbet zahlt vollen Lohn für eine Woche, später Unterstützung aus dem allgemeinen Notstandsfonds.

Wiesbaden. 50 bis 60% Proz. des Lohnes, je nach der Kinderzahl, auf die Dauer der Einberufung.

Wittenberg. Die Stadtverwaltung zahlt den vollen Lohn ohne Abzug während der Kriegszeit.

Wöllersdorf i. Rh. Pflegepersonal. Für drei Monate wird vollen, für weitere 3 Monate die Hälfte des bisherigen Lohnes inklusive der staatlichen Unterstützung ausbezahlt.

Maßnahmen der Stadtverwaltungen zur Linderung der Kriegnot.

Berlin-Reinickendorf. Die Gemeindeverwaltung beschloß, zum Ankauf von Lebensmitteln 50.000 Mk. zur Verfügung zu stellen. In erster Linie sollen die Erträge des eigenen Nachschlages (Pflanzensamen, Kartoffeln und eventuell Milch für Notstandsaktionen) rekrutiert werden.

Berlin-Vichtenberg. Die Kamillen der zum Militärdienst eingezogenen Einwohner erhalten einen Zuschuß in gleicher Höhe der staatlichen Unterstützung. Im Falle der Erkrankung werden unentgeltlich ärztliche Behandlung und Medikamente bewahrt. Ferner sind besondere Anwendungen an Kassenen ins Auge gefaßt. Zur Beschaffung von Lebensmitteln und Arbeitslohnunterstützung wurden 600.000 Mk. bewilligt.

Berlin-Friedrichsfelde. Die Gemeindeverwaltung hat 6000 Mk. für besondere Notfälle, namentlich auch zur Arbeitslohnunterstützung zur Verfügung gestellt.

Breslau. Der Magistrat hat am 11. August die zuerst von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion angeregten Preislisten für Lebensmittel mit gesetzlicher Kraft eingeführt. Nach Anhörung von Sachverständigen wurde bestimmt: Ein Pfund darf höchstens kosten: Kartoffeln 6 Pf., Kartrücker 28, Preis- und Würstlicher 30, guter Tafelreis 10, drei Weizenkörner 35, Weizen 25, Soja 14, amerikanisches Schweinefleisch 92, beste Margarine 90, Roggenmehl 18, Weizenmehl 20, Preis 15, Semmel von 125 Gramm Feingewicht 5 Pf.; Fleisch je nach Schlachtheit: Rindfleisch 0,80 bis 1,20 Mk., Schweinefleisch 0,80 bis 1,20 Mk., Lammfleisch 0,90 bis 1,20 Mk.

In Königsberg hat sich der Kommandeur beantragt gesehen, auch den Hausbesitzern gegenüber ähnliche Bestimmungen zu erlassen, die die Kündigung von Mietwohnungen zu verhindern und die Herausziehung von armen Mietern zu verhindern.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Die Gewerkschaften während des Krieges. Dem „Grundriss“ entnehmen wir folgendes: „Bei Ausbruch des Krieges hat die Reichsregierung durch deren Staatssekretär Dr. Delbrück erklären lassen, daß sie nicht daran denke, während des Krieges etwas gegen die Gewerkschaften zu unternehmen. Sie hat sogar verschiedene gegen die Gewerkschaften gerichtete Maßnahmen zurückgezogen. Das geschah natürlich unter der Voraussetzung, daß die Gewerkschaften nichts tun, was die notwendigen Maßnahmen der Kriegsverwaltung und den zünftigen Fortgang des Krieges beeinträchtigen könnte. Die Gewerkschaften haben bereits jetzt durch die Tat bewiesen, daß sie nichts tun wollen, was die Macht der deutschen Waffen schwächen könnte. Trotzdem kann es natürlich vorkommen, daß unangenehme Behörden Maßnahmen gegen Gewerkschaften ergreifen, die mit den Aufgaben der Kriegsverwaltung nicht im Einklang stehen. So wurde uns aus Schwereck in Schleswig gemeldet, daß dort die letzte Kammer des „Grundriss“ und des „Kammer“ von der Militärbehörde beschlagnahmt worden seien. Unter Verbandsvorsitzand wurde ich darauf unter Bezugnahme auf die Erklärung der Kriegsverwaltung an das Generalkommando des IX. Armee-Korps mit dem Schreiben, das Generalkommando möge die nachgeordneten Kommandos anweisen, meinen Funktionen bei der Verwaltung des „Grundriss“ seine Schutzmaßnahmen zu erteilen. Darauf erhielt er folgendes Schreiben:

„Generalkommando. Altona, 7. August 1914. Dem Deutschen Arbeiterverband in Hamburg 25 zur gefl. Kenntnisnahme, daß die Verfügung über die Freigabe der in Schwereck beschlagnahmten Verbandszeitung „Der Grundriss“ bereits veranlaßt ist. R. I. des Generalkommandos. Stapmann, Oberst.“ - Nachträglich ist auch folgender Erlaß des stellvertretenden kommandierenden Generals des VII. Korps, Nr. v. Pflanzung: „Anlaßlich eines Spezialbefehls habe ich mich geneigt, folgendes bekanntzugeben: Das Verbot der in anderer so wichtiger Angelegenheit ist während der Ereignisse der letzten Zeit in voller Weite angewandt worden, und dieses Verbot soll durch nichts erschüttert werden. Dabei macht es keinen Unterschied, ob Teile der Arbeiterschaft während des Krieges aus anderen Erprobungen irgendwelcher Art angezogen waren. Ich kann es daher nicht für richtig halten, wenn bei Anrufen zur Werbung von Arbeitern im Dienst der Kriegsverwaltung andere Arbeiter aus solchen Gründe ausgeschlossen werden. Ein solcher Ausschluß widerspricht der Verpflichtung, parteipolitisch-Unterschiede im Interesse nicht zu machen.“ - Der Vorpostenbericht bezieht sich auf die bekannte Angabe der Arbeiterzeitung „Lippstadt“, wonach Sozialdemokraten von der Annahme ausgeschlossen sein sollten. Nr. v. Pflanzung erregte vor einigen Jahren in empfindlicher Weise Aufsehen. Durch einen Entschluß gab er seinen Truppen wertvolle Vorbildungsmaßnahmen für den Bürgerkrieg und Straßenkampf, der immer die Nummer der Abgeordneten mitteilte. Um so mehr freuen wir uns, den Generalmannschaft auf Seite der Arbeiter zu sehen.

Gewerkschaftliche Maßnahmen während der Kriegszeit.

Die Generalkommission hat in Nr. 2 des „Correspondenzblattes“ mit: „Das „Correspondenzblatt“ wird infolge der kriegsrechtlichen Bestimmungen bis auf weiteres in erheblich eingeschränkter Weise erscheinen. Es ist in Aussicht genommen, das Blatt vorläufig achtmal wöchentlich herauszugeben, um die wichtigsten Mitteilungen ausverfügen zu können. ... Mit Ausnahme der „Correspondenzblätter“ in der Folge. Die „Nachrichtblätter“ für den Monat August wird jedoch noch der nächsten Nummer beiliegen. So die Herausgabe der „Nachrichtblätter“ auf das Ende bedingt ist, kann erst später entschieden werden. Die beiden von der Generalkommission herausgegebenen fremdsprachigen Blätter, „L'Operaio Italiano“ und „Cewhata“ stellen bis auf weiteres ihr Erscheinen ganz ein.“

Der Vorstand des Buchdruckerverbandes erhebt ab 17. August eine wöchentliche Extraktur von den vollbeschäftigten Mitgliedern, um den höheren Anforderungen infolge des Krieges gewachsen zu sein.

Der Buchdruckerverband hat die Strafen, Streik- und Gemäßigungsunterstützung aufgehoben. Die Invalidentätunterstützung wird in alter Weise weitergegeben, die Hinterbliebenenunterstützung zur Hälfte. Umzugsunterstützung wird nach Ermessen des Verbandsvorstandes von Fall zu Fall festgesetzt. Den Kamillen der im Felde befindlichen Mitglieder wird keine Unterstützung gewährt. Die Arbeitslohnunterstützung wurde je nach Mitgliedschaftsdauer und Beitragsstärke für Mitglieder mit eigenem Hausstand auf 1,50 Mk. bis 6,00 Mk. und für Mitglieder ohne eigenen Hausstand auf 1,50 Mk. bis 5,00 Mk. festgesetzt. Zahlungen aus den Vorkassalen dürfen nicht gewährt werden. Aber Bestände müßten vielmehr zur Durchführung der vorgenannten Unterstützungen herangezogen werden.

Der Buchdruckerarbeiterverband gibt sein Organ, die „Solidarität“, nur noch nach Bedarf heraus. Den Kamillen wird das Gehalt um 25 Proz. gekürzt. Die Kranken- und Wochnerinnenunterstützung sowie Streik- und Gemäßigungsunterstützung werden eingestellt. Die Arbeitslohnunterstützung erfolgt nur noch in halber Höhe zur Auszahlung. Verheiratete weibliche Mitglieder werden nur dann unterstützt, wenn ihre Männer ebenfalls arbeitslos sind. Gehören Mann und Frau gleichzeitig dem Verband an, so erhält eine von beiden Personen Unterstützung. Aus letzten Mitteln dürfen Zuschüsse ebenfalls nicht gewährt werden.

Der Fabrikarbeiterverband hat alle im Statut vorgesehenen Unterstützungen aufzuheben. Den Arbeitslosen wird eine Notunterstützung gewährt, solange die Mittel des Verbandes es gestatten. Den Kamillen die zum Dienstleistung eingezogenen Mitglieder wird eine Unterstützung gewährt, wenn der im Felde stehende Gemaher dem Verband 12 Wochenstrafe geleistet hat. Alle nicht eingezogenen Angestellten dem Verband, in den Organisationen und in den Zahlstellen verbundenen gegenüber der Unterstützungsmaßnahmen auf einen erheblichen Teil ihres Gehalts.

Der Bergarbeiterverband hat eine Mittelkraft zur Unterstützung der Familienangehörigen seiner im Felde stehenden Mitglieder bereitgestellt. Die Verbandsvorstände verzichten auf ein Drittel ihres Gehalts. Die Fortgang erscheint in beidseitigem Einklang.

Der Vorstand des Kohlenarbeiterverbandes hat die im Statut vorgesehenen Unterstützungen ebenfalls aufgehoben. Der Verband zahlt seit 9. August nur noch Arbeitslohnunterstützung und Unter-

frümmung an die Familien der zum Seeresdienst eingezogenen Mitglieder. An alle arbeitslosen Mitglieder, die dem Verbandsmitglied ein Jahr angehören und mindestens 52 Wochenbeiträge gezahlt haben, wird nach einwöchiger Mängelzeit unbefristet eine Arbeitslosenunterstützung gezahlt, die gleichmäßig für Verbandsmitglieder 6 Mk., für Ledige 4 Mk. pro Woche beträgt. Die Arbeitslosenunterstützung für die zum Seeresdienst eingezogenen Mitglieder, die dem Verbandsmitglied ein Jahr angehören, soll in der Regel 5 Mk. pro Woche betragen. Zu diesen Unterstüßungen dürfen Zuschüsse aus den Vorkassen nicht gewährt werden, vielmehr sollen die Mittel der Hauptkassen wie der Vorkassen dazu verwendet werden, die genannten Unterstüßungen möglichst lang zu zahlen zu können. Die Angestellten des Verbandes verzichten auf ein Viertel ihres Gehalts.

Der Verband der Maschinen- und Seizer gewährt nur noch das halbe Stützgehalt. Eine 1/2-Gewaltgehalt, Kranken- und Invalidenunterstützung kommt in Weisung ebenso die Arbeitslosenunterstützung für Mitglieder, die dem Verbandsmitglied ein Jahr angehören oder mehr als vier Wochen mit den Beiträgen im Auslande sind. Im übrigen würde die Arbeitslosenunterstützung in der Weise geregelt, daß verheiratete Mitglieder, je nach der Mitgliedschaftsdauer, 6 bis 9 Mk. und ledige Mitglieder in allen Fällen 5 Mk. pro Woche erhalten. Die Familien der im Felde befindlichen Mitglieder erhalten Unterstüßungen, über deren Gewährung von Fall zu Fall entschieden wird. Die Angestellten erhalten nur noch 70 Proz. ihres Gehalts. Die Daten wurden auf 2 Mk., 3,50 Mk. und 6 Mk. reduziert. Das Verbandsorgan erscheint nur noch alle 14 Tage 4 Seiten lang!

Der Transportarbeiterverband hat die Anweisung der Arbeitslosenunterstützung und die Unterstüßung bei Todesfällen vom 15. August ab eingestellt. Die Arbeitslosenunterstützung wird dagegen in freiwilliger Höhe und Dauer weitergezahlt, nur die üblichen Zuschläge fallen fort. Unterstüßungen erhalten nur Mitglieder, die nicht länger als 4 Wochen mit ihren Beiträgen im Auslande sind. Die Vorkassenunterstützung wird während der Kriegszeit ebenfalls beibehalten, auf diese Unterstüßung haben auch die Familien der aus dem Feld gezogenen Mitglieder Anspruch, sofern eine außerordentliche Notlage vorhanden ist. Die Gehälter der Angestellten werden um 33 1/2 Proz. gekürzt. Die Familien der im Felde befindlichen Angestellten erhalten 50 Proz. des bisherigen Gehalts. Der „Gourier“ erscheint ab 16. August 1915 während der Dauer des Krieges vierzehntägig. Die Sonderorgane für die Berufsgruppen der Eisenbahner, Seefahrer und Munitionsfabrikanten sowie Straßenbahner stellen für die Dauer des Krieges ihre Erhebungen ein. Die Interessensvertretung sowie Information für die genannten Gruppen erfolgt während dieser Zeit durch den „Gourier“.

Der Textilarbeiterverband hat ähnliche Maßnahmen getroffen. Um die dringende Not der Mitglieder zu lindern, sollen die verfügbaren Mittel der Hauptkassen und der Vorkassen zur Unterstüßung der Arbeitslosen verwendet werden. Damit diese Unterstüßung der Arbeitslosen möglichst lang fortgezahlt werden kann, dürfen Unterstüßungen aus den Vorkassen nicht gezahlt werden. Allen Unterstüßungsberechtigten arbeitslosen Mitgliedern, die mindestens 52 Wochen dem Verbandsmitglied angehören, werden 3/4 der fakturenmäßigen Unterstüßung gezahlt. Den Frauen und Kindern und aus dem Feld gezogenen Unterstüßungsberechtigten Verbandskollegen, die mindestens 52 Wochen dem Verbandsmitglied angehören, soll ein Viertel der fakturenmäßigen Unterstüßung gezahlt werden. Die Unterstüßung soll, wenn möglich, auf die Dauer der im Statut festgesetzten Tage gezahlt werden. Der „Textilarbeiter“ wird nur zweifach erscheinen; die Ausrüstung der „Arbeiter“ und das Erscheinen der „Arbeiterpraxis“ werden bis auf weiteres eingestellt. Entschädigungen für Vorkassen- oder sonstige Verwaltungshandlungen werden während der Dauer des Krieges in der Zentrale und auch in den Orts- und Gewerkschaften nicht gezahlt. Alle Angestellten des Verbandes verzichten auf einen erheblichen Teil ihres Gehalts während der Dauer des Krieges. Wo Angestellte zum Militär eingezogen werden, werden Vorkasseneinlagen nicht vorgenommen; die Verwaltungsarbeiten müssen dann von den Mitgliedern der Ortsverwaltung miternommen werden. Der Zentralvorstand wird, wenn es nötig ist, auch zur Ausübung eines Geschäftsführers von einer Filiale nach der anderen vorkommen. Dem Zentralvorstand muß jede Woche Nachricht gegeben werden, wieviel arbeitslose Mitglieder am Ort vorhanden sind.

Rundschau

An die Arbeiterjugend richtet die Zentrale für die arbeitende Jugend Deutschlands folgenden Aufruf:

Jugendgenossen und Genossinnen! Eine fürchterliche Zeit ist über das deutsche Volk und damit über die deutsche Arbeiterklasse hereinbrochen. Seit Jahrzehnten, seitdem die Sozialdemokratie die Volksmassen zur Herrschaft einer Gesellschaft der Gerechtigkeit und der allgemeinen Wohlfahrt zu sammeln begann, hat sie als unumgängliche Voraussetzung aller Kultur und alles Fortschritts den Volkstribun verkündet. In unzähligen Reden und Schriften

ist von unserer Volkführung insbesondere die ungeheure Gefahr bekämpft worden, die in der steigenden Streikbewegung der Arbeiter liegt. Vergeblich! Noch hat sich die Macht der Vernunft und der Menschlichkeit nicht hart genug erwiesen, den Dämonen des Volkermordes und der Verwundung Einhalt zu gebieten. Die ganze europäische Kultur steht im Wendepunkte des Schicksals, und niemand vermag vorauszusagen, ob der Weg zurück in die Barbarei führt oder in eine Zukunft, die das Leben verlohnt. Jetzt ist es nicht an der Zeit, über die Verwerflichkeit des Krieges Worte zu machen. An die Stelle der Ermahnungen und Beschwörungen sind die harten Tatsachen getreten. Unsere junge Generation erhält über das, was hier so oft in Wort und Bild verkündigt wurde, einen Aufschauungsunterricht, dessen furchtbare Lehren sich jedem Bewußtsein unweigerlich einbrennen werden. Jugendgenossen und -genossinnen! Auch von unseren eigenen Kameraden, von den Anhängern unserer Jugendbewegung, den Lesern der „Arbeiterjugend“, von den Leitern unserer Bildungsveranstaltungen und Wanderungen sind Tausende unter die Waffen gerufen worden. Den Jugendgenossen als Soldaten gilt unser Gedanken! Taß sie wohlhalten in unsere Mitte zurückkehren mögen, ist unser heißer Wunsch. Und wir hoffen zuversichtlich, daß sie im Felde die Erziehung zur Menschlichkeit und Menschlichkeit, die ihnen unsere Jugendbewegung gegeben hat, nicht verlernen werden. Unseren zurückkehrenden Kameraden aber und den Mädchen rufen wir zu: Seid froh, furchtlos und treu! Haltet die Ideale, die Euch die proletarische Jugendbewegung vermittelt hat, fest in Euren Sinn und in Euren Herzen umschließen! Ihr seid der Keim, auf dem sich der Bau der kommenden Gesellschaft erheben soll, Ihr die Hoffnung und die Sehnsucht der Arbeiterklasse. Die Volksherrschaft der Menschlichkeit und des Völkerglücks sollt Ihr durch Mut und Grauen in die Zukunft tragen, auf daß die Hochziele, die Eure Väter und Brüder in hartem Geisteskampf errungen haben, nicht verloren gehen, sondern als sicherer Besitz des jungen Arbeitergeschlechts in bessere Tage hinübergerettet werden. Haltet untereinander treue Kameradschaft und Solidarität, wie Ihr es in der freien Jugendbewegung gelernt habt! Nach wie vor werden Euch die Forten unserer Jugendheime offenstehen, damit Ihr eine Stätte der kameradschaftlichen Sammlung habt. Wer von Euch arbeitslos und von anderen Verpflichtungen frei ist, soll sich unverzüglich bei den von den Gewerkschaften eingerichteten Stellen zur Einbringung der deutschen Ernte melden und sich zu Diensten der wehrfähigen Menschlichkeit den Samarterbeitungen anschließen. Die „Arbeiterjugend“ wird weiter erscheinen und Euch auch weiterhin die Wege zur Erkenntnis und zu freier, aufrechtem Menschentum führen. Und nun haltet den Kopf hoch und die Herzen tapfer, all Ihr Arbeiterjugend und Arbeitermädchen, bis daß der Tag kommt, an dem auch die proletarische Jugend wieder ihr Recht auf Freiheit und Sonne beanspruchen kann.

Unsere Verbandsangehörigen im Krieg. Bis zum 15. August wurden von unseren beamteten Kollegen eingezogenen Hauptbureau Berlin: Kochmann, Lippert, Schmidt, Stamer; Gauhureau: Becker, Rannheim, Reumann-Bremen, Sebalde-München, Strunk-Berlin-Brandenburg; Ortsbureau: Gabel, Straßburg, Deuers-Bremen, Hoh-Bamburg, Hölle-Höln, Bößig-Chemnitz, Kömm-Stettin, Koch und Stetter-Stuttgart, Schmecker und Schneider-Frankfurt a. M. — Mittlerweile ist nun auch der Landsturm ausgebrochen, so daß in wenig Zeit eine weitere Anzahl unserer Beamten bei den Fabrikten steht. Viele Filialvorsitzende, Kassierer und sonstige Funktionäre unseres Verbandes sind bereits in der Front, und von den sonstigen Mitgliedern sind wohl gegen 15.000 im Kriegslager sie alle gesund und wohlbehalten wiederkehren — was leider sehr unwahrscheinlich ist. Genau so tapfer wie unsere Kameraden ihre Pflicht vor dem Feinde tun, müssen nun die Zurückbleibenden alles daransetzen, unsere Erziehung kräftig und leistungsfähig zu erhalten.

In Kriegszeiten wird viel „gemeldet“! Die Magdeburgerische Zeitung und andere brachten dieser Tage folgende Notiz: „Wie die französischen Soldaten aussehen! Von der „Erzbergerschaft“ des französischen Ozeers können wir uns jetzt, nachdem die ersten Gefangenen eingebracht werden, eine hübsche Vorstellung machen. Während die deutschen ins Feld ziehenden Soldaten in ihren Schmäuden nachgelassen Felduniformen einen prachvollen, gesunden und heiteren Eindruck machen und die große Sorgfalt unserer Seeresverwaltung erkennen lassen, machen die Franzosen einen ganz entgegengelegten Eindruck. Von dem ersten gefangenen Franzosen, der auf deutschem Boden gefunden worden ist, wird folgende Beschreibung gegeben: Am 3. August ist der erste Chasseur von deutschen Jägern erbehalten worden. Der auf deutschem Gebiet gefasene Chasseur war in elendester Verfassung, er hatte geringste Schuhe, die Hosen zum Teil mit Eisenknöpfen besetzt, trug die Patronen in Packpapier mit Bindfäden verpackt; bei der

Reiche wurden 4 Liter Schnaps gefunden. Aus dieser Beschreibung kann man erkennen, welche Sorgfalt das französische Kriegsministerium seinen Soldaten angedeihen läßt." --
 Wer auch nur eine kleinste Ahnung von der Wirklichkeit hat, wird diese Notiz ansehen als das, was sie ist: Schwindell. Wie es scheint, kommt in diesen Kriegszeiten das Sprichwort wieder zu Ehren: "Gelogen wie gedruckt!"

Ein trefflicher Körpererläß. „Es ist vielfach üblich, nach gelungener Verächtigung oder bei ähnlichen Anlässen den Rauschmitteln als Belohnung ein Bierfest aus Maitinen- oder sonstigen Mitteln zu veranstalten. Ich bin der Ansicht, daß man den Rauschmitteln eine größere und schönere Freude bereiten kann, wenn man die verfügbaren Mittel nicht in Bier anlegt, sondern zu einem gemeinsamen Ausflug, z. B. nach der Dohlsingeburg oder dem Schlachtfelde von Worth, verwendet. Dort hatten die Offiziere einen gemeinverständlichen Vortag; für das leibliche Wohl wird durch Verabreichung von Maitee, Milch oder sonstigen alkoholfreien Getränken gesorgt. Wer glaubt, daß er ohne Alkohol nicht existieren kann, mag sich aus eigener Liebe wehnen lassen. Nur solche Feiern werden die Soldaten ihren Vorgesetzten dankbarer sein als für Bierfesten. Die Erinnerung an sie wird bleiben, während die Erinnerung an die Bierfeier mit dem Maitenjammer verblasst, den sie erzeugt. Es wird nur dieser Anregung bedürfen, um einen Mißbrauch zu besorgen, der in dem ebenso veralteten als falschen Glauben wurzelt, daß der Mensch nur stübtlich sein kann, wenn er Bier oder Wein zu trinken bekommt. 12. Mai 1914. Der kommandierende General: gez. v. Veimling.“

Gegen die Arbeitslosigkeit in der deutschen Industrie richtet der bekannte Nationalpolitiker Paul Rohrbach in der „Völkischen“ folgende beachtenswerte Ermahnung an die Volksgenossen:
 „Das wichtigste ist, daß wir auf ein Jahr hinaus genügend Nahrung haben, daß wir, wenn es sein muß, auch noch die nächste Ernte einheimen und davon weiter leben können, und daß wir, im Gegensatz zu Rußland, dauernd mit uns selbst, den unwendigsten mittelbaren und unmittelbaren Arbeitsbedarf bei uns selbst, unabhängig vom Auslande, zu erzeugen. Eine einzige wirkliche Schwierigkeit erhebt sich dem Siege gegenüber, und das ist die Frage: Werden wir uns imstande setzen, die Nahrung, die im ganzen genommen für unser Volk innerhalb der Grenzen Deutschlands vorhanden ist, auch allen denen zugänglich zu machen, die sie zur Erhaltung ihres Lebens und ihrer Gesundheit brauchen? Englands Rechnung, in der es unser Feind wurde, ist natürlich die, uns auszubürgern, indem es uns die Zufuhr abschneidet. In Bezug auf die wirklichen Lebensmittel wäre das ein zweifelloser Beginn; wohl aber ist es möglich, unsere Industrie des größten Teiles der Rohstoffe zu berauben, die sie zum Arbeiten braucht. Wir erzeugen keine Baumwolle und Seide, und von Wolle und anderen tierischen Rohstoffen, von vielen gewerblichen Metallen, von Holz, Eisen und dergleichen nur einen geringen Teil unseres Bedarfs. Unsere Fabriken werden also in absehbarer Zeit nicht nur durch den Mangel an Rohstoffen, sondern auch durch den Mangel an Rohmaterial zum Stillstand genötigt. Was soll aus der sächsischen Textilindustrie, was soll aus der Niederlausitz, aus Aachen, Solingen und dem ganzen rheinisch-westfälischen Bezirk werden, wenn die Industrie mit Ausnahme der Eisenhütten, der Eisenerze und der Waffenfabriken ausschließlich zu arbeiten aufhört? Deutschlands gesamter Außenhandel war 1912 über 21 Milliarden Mark wert. Mehr als die Hälfte der Einfuhr aber entfiel auf gewerbliche Rohstoffe und nahezu zwei Drittel der Ausfuhr auf fertige Fabrikate. Das ist die Rechnung der Engländer, die ja, wenn sie wollen, jeden Rohstoff als Kriegsunterbande erklären und die neutralen Staaten hindern können, ihn uns zuzuführen. Wie sieht unsere Gegenrechnung aus? Sie muß so aussehen, daß der Entschluß aus ihr hervorleuchtet, alle Hungernden und Bedürftigen, die zu Hause sitzen, kriegsunfähige Männer, Frauen und Kinder, durch Opfer des Staates und der besitzenden Massen so lange zu erhalten, bis der Angriff der Feinde gebrochen ist und wir einen Frieden schließen können, der uns ermöglicht, alle geschlagenen Wunden zu heilen und uns als Weltvölk zu behaupten. Deutschland und Oesterreich-Ungarn zusammen zählen rund 120 Millionen Einwohner, und für beide Staaten handelt es sich jetzt um Sein oder Nichtsein. Sie haben Waffen und Kriegsmaterial in Fülle und Nahrung genug. Auch wenn unsere Armeen im Kampfe auch nur mit mittleren Fähigkeiten und mit leeren Mägen geführt werden, so ist es ohne viel Heberlegen klar, daß wir von Rußland und Frankreich menschlicher Voraussicht nach nicht so weit midergerungen werden können, daß die Gegner und Friedensstörer. Dazu sind schon die inneren Hindernisse und innerfranzösischen Verhältnisse nicht angetan. Keine von beiden Nationen verfügt über so große moralische Kraft und Geschlossenheit, um das Außerste und Letzte für diesen Kampf herzugeben. Selbst Italiens Beitrag zu ihnen brauchte uns nicht zu erschrecken. Wenn nicht elementare Katastrophen eintreten, so ist also das einzige, was Deutschland zum Frieden zwingen könnte, der Hunger der Proleten. Dazu würde es nur kommen, wenn diejenigen, die etwas haben, sich weigern, denen mitzutun, die nichts haben.“

Es kann sehr wohl sein, daß wir eine gefestigte oder freiwillige Vermögenssteuer von großer Höhe erleben, nicht um die Kosten des Krieges davon zu bezahlen, sondern um mit ihrer Hilfe das Brot und das Fleisch, das in Deutschland wächst, denen in die Hand zu geben, die sich selbst nichts mehr erarbeiten können, weil die Arbeitslegenheit fehlt. Deutschland kann nicht ausgehungert werden, weder an Nahrung, noch an Kriegsmaterial. Damit ist in einem Kampfe, bei dem es nicht um Festungen, Provinzen und Grenzen geht, sondern um das Dasein von Volk und Reich, alles gesagt, was zu sagen nötig ist. Die Frage des Sieges ist also für uns eine Frage der sittlichen nationalen Kraft, der Opferwilligkeit für die Ernährung desjenigen Teils der Nation, der nicht von seinem Besitz, sondern von seiner Arbeit lebt, auf Kosten und Sorgen der Besitzenden, derer, die auch dann noch etwas hergeben können, wenn das Arbeitseinkommen namentlich der unteren Volksschichten mehr und mehr versiegt. Ob das in Form einer freiwilligen Kontribution oder in Form von staatlich auferlegten Steuern geschieht, ist gleichgültig; ohne Willhilfe der staatlischen Organe wird die Sache in keinem Falle zu machen sein. Deutschland wird in diesem Kriege erst dann verloren sein, wenn seine Weiden, seine Wehlhabenden, überhaupt alle, die Einkommen aus Vermögen und sicherer Arbeit besitzen, sprechen: von nun an werden uns die Opfer für die Erhaltung dieser, die ohne Verdienst sind, d. h. für die Erhaltung des Vaterlandes, zu groß! Von nun an gehe ich es vor, daß ein Arbeiter mit Schwach geschlagen wird, ein Arbeiter, der das deutsche Volk aus der Reihe der Weltvölker ausstößt, als daß mein eigenes Besitztum sich noch länger durch Bestreuen zum Unterhalt der nichts Besitzenden vermagern sollte! Diese Probe auf den sittlichen Eifer mit der führenden Schichten ist die eigentliche Arbeitsprobe, der wir entgegengehen. An unserem Feinde, an unserer rein militärischen Widerstandskraft zu zweifeln, ist nicht nötig. Weichen wir jene moralische Probe, so kann uns der Sieg nicht fehlen, ja erst dann werden wir ihn in Wirklichkeit verdient haben. Weichen wir sie nicht, so sind wir des Sieges nicht wert geworden, so haben wir, so hat die Welt keine Mühe darüber zu erleben, daß wir zugrunde gegangen sind. Was wir bisher an Hilfsbereitschaft von orientalischen Völkern und von Frauen erlebt haben, war ein sehr guter Anfang. Wir müssen uns nur darüber klar sein, daß es ein sehr heiliger Anfang ist. Niemand von uns wird sich darüber lächeln, wieviel Schuld und Verleumdung auf sittlichem Gebiet auch bei uns in Deutschland sich anzuhäufen begonnen hat. Was uns diese Krieg in eine so harte Schule nehmen, daß auch alles Gute und Heldenhafte, dessen der deutsche Geist fähig ist, wieder hervortritt.“

„Patriotische“ Mäerei. Der Kriegsausbruch hat die „Post“ vollends zum Rasen gebracht. Wie ein blutdürstiges Tier kauft sie, aller Menschlichkeit bar, kaum noch etwas menschlichen Ehren: „Schmeißt die Feinde zusehen! Haut die Schädel in Stücke, die euch und uns allen Leben anheimen! Seid unarmherzig, wie es die Stunde fordert!“ So ruft das Blatt der schmerzhaften Anteilnahme den Ausgehenden zu. Und schließt den Absatz mit den Worten: „Mit Gott für König und Vaterland!“ Mit Gott . . . Wie heißt es doch in der Bibel, Matth. V, Vers 7? „Selig sind die Armherzigen . . .“ -- „Seid unarmherzig, wie es die Stunde fordert . . .“ Für den namenlosen Hammer, den die Kriegführung mit sich bringt, hat die christlich-deutsche „Post“ kein Gefühl: „Wenn jetzt zwei Tugend alte Weiber auf der Straße zusammenstehen und flennen, so soll man sie auseinanderjagen. Ihr Anblick ist nicht rührend, sondern entwürdigend.“ -- „Selig sind, die da Leid tragen, denn . . .“ -- „So soll man sie auseinanderjagen.“ -- „Unser Kultur strahlt hoch und weit. Unten, in den Tiefen des Volkes zwar, bei den Proletariern, da herrscht der Umherstrand und die Gemeinheit . . . nicht rührend, sondern entwürdigend“ . . . Nur so leuchtender aber strahlt das Licht der „reinen, edlen Menschlichkeit“ aus von jenen, die an der Spitze stehen, den berufenen Führern des Volkes, den Abkommen der „Post“ und ihrer geistesverwandter Geschwister!

Totenliste des Verbandes.

H. Glafen, Wilhelmsburg Bauunternehmer Niedernfeld † 2. 7. 1914, 64 Jahre alt.	Wilhelm Adermann, Siel Arbeiter † 7. 8. 1914, 42 Jahre alt.
Robert Schramm, Breslau Gasanstaltsarbeiter † 7. 8. 1914, 36 Jahre alt.	Fr. Kaminski, Königsberg Arbeiter † 10. 8. 1914, 61 Jahre alt.
Gustav Briesk, Wiesbaden Schlosser i. d. Müllverbrennung † 7. 8. 1914, 35 Jahre alt.	Josef Krause, Dresden Arbeiter † 13. 8. 1914, 44 Jahre alt.

Gehet ihrem Andenken!

Verlag: In Bereitung des Verbandes d. Gewerkschaften und Arbeitervereine in Berlin. Verantwortlicher Redaktionsrat: Ernst Lütjens, Bismarckstr. 50, Berlin SW. 68. Fernsprecher: 24. Druck: Fortwärs Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Paul Engel & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.